

Zerreißprobe für die Demokratie

Philipp Adorf, Dr. phil., und *Patrick Horst*, Dr. phil., sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

Philipp Adorf, Patrick Horst

Zerreißprobe für die Demokratie

Die Wahlen und der Regierungswechsel
in den USA 2020/21

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51427-7 Print
ISBN 978-3-593-44801-5 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2021 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Anhänger von Donald Trump erstürmen am 6. Januar 2021 das Kapitol in Washington, D.C. © shutterstock.com (Bildnummer: 1889190778)

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung.....	9
Die erste gescheiterte Amtsenthebung – eine Farce	15
Die Vorgeschichte.....	16
Der Mueller-Report über die russische Wahleinmischung	17
Die Ukraine-Affäre und das Impeachment	23
Der historische Maßstab: Die Watergate-Affäre	26
Nach dem Impeachment ist vor der Wahl.....	29
Weit offene Vorwahlen – außer Kontrolle	33
Die offenen Vorwahlen der Demokraten.....	35
Das Bewerberfeld und die Fernsehdebatten	36
Die vier frühen Vorwahlen, Super Tuesday und Wisconsin.....	43
Wünschenswerte Reformen	49
Donald Trumps Vorwahldominanz.....	53
Die nationalen Parteikonvente – unverzichtbare Verkaufsmessen.....	61
Der Konvent der Demokraten	64
Der Konvent der Republikaner	70
Keine Vizepräsidentin für die Republikaner.....	80
Die Wahl von Kamala Harris.....	81
Die Zukunft der Parteikonvente	87

Powerplay am Obersten Gericht – konservativer Durchmarsch	91
Donald Trumps Vermächtnis bei den Richterernennungen	94
Die gefährdete Legitimität des Gerichts.....	99
Von RBG zu ACB – Zeitenwende am Supreme Court	101
Die Zukunft des Gerichts im polarisierten System	104
Ein Sommer der Proteste – Black Lives Matter und weiße Identität.....	109
Rasse als zentrale ideologische Konfliktlinie	110
Die TV-Debatten und die Proud Boys.....	114
Rasse und die Zukunft der amerikanischen Demokratie	119
Kampf um den Zensus	122
Wählen in der Pandemie – Spiel mit der Gesundheit	127
Von der Wahlreform 2002 zu den Wählerausweisgesetzen.....	129
Die Briefwahl – ein ideologisches Schlachtfeld	135
Ein von langer Hand geplanter Wahldiebstahl	137
Kämpfe um Einwurfkästen und die Post	144
Die Kongresswahlen – nationale Nebenwahlen	151
Nationale Effekte und Amtsbonus	152
Die progressive Versuchung	156
Paranoiker auf dem Vormarsch.....	159
Die Wahlen zum Senat.....	165
Repräsentationsdefizite im Kongress	168
Die Präsidentschaftswahl – auf des Messers Schneide	179
Referendum gegen Trump.....	180
Soziologische, ökonomische und geographische Konfliktlinien.....	186

Der Weg zum »Selbstcoup« Donald Trumps	195
Der Sturm auf das Kapitol – Ein Coup mit Ansage	203
Das Verfassungsgerüst wankt – und hält	207
Ausblick – von Trump zu Biden	211
Neue Kämpfe um das Wahlrecht	214
Dysfunktionen und Blockaden im System	217
Donald Trump – ein schwacher Präsident	223
Die Republikanische Gefahr	230
Sklaverei und Apartheid – Erinnern als Identitätspolitik	239
Joe Biden – Transformation im Gewande der Moderation	242
Tabellen und Abbildungen	247
Literatur	251
Register	257

Einleitung

»Nothing really matters« – dieser Eindruck könnte beim Vergleich der Wahlumfragen mit dem Präsidentschaftswahlergebnis des Jahres 2020 entstehen. Zwei Wochen nach Jahresbeginn und kurz vor den ersten Demokratischen Vorwahlwettbewerben genoss Joe Biden in den Umfragen einen Vorsprung von viereinhalb Prozentpunkten auf Donald Trump.¹ Nach über 230.000 Corona-Todesfällen bis Anfang November, einem historischen Einbruch der Wirtschaft und unaufhörlichen Drohungen des Präsidenten, das Wahlergebnis im Falle einer Niederlage nicht anzuerkennen, gewann Joe Biden die Wahl mit just diesem Vorsprung. Es schien, als ob die historischen Ereignisse und der Wahlkampf nur geringen Einfluss auf die parteipolitischen Präferenzen der Wählerschaft ausübten. Zu verhärtet waren die politischen Fronten des Landes, als dass größere Teile der Bevölkerung einen Wechsel zum politischen Gegner ernsthaft in Erwägung gezogen hätten.

Die Aversionen gegenüber dem anderen Lager erklären auch, warum die beiden als eher schwach wahrgenommenen Kandidaten dennoch eine Rekordzahl an Stimmen erhalten konnten – über 74 Millionen für Trump und mehr als 81 Millionen für Biden. Mag der eigene Kandidat als unzulänglich gesehen worden sein, so überwog am Ende doch der verzweifelte Wunsch, den Gegner unbedingt von den Schalthebeln der Macht fernzuhalten. In gewisser Weise reihte sich die Präsidentschaftswahl 2020 damit in eine lange Reihe enttäuschender Wahlen ein. Schon am Ende des 19. Jahrhunderts hatte Lord Bryce darüber sinniert, warum in diesem großartigen Land nicht auch »große Männer« zu Präsidenten gewählt würden.² Knapp ein Jahrhundert später stellte sich ein anderer Brite, Anthony King, anlässlich der Präsidentschaftswahl 1980 dieselbe Frage: »Wie um alles in der Welt hatte es ein großartiges Land wie die Vereinigten Staaten, voller talentierter Männer und Frauen, geschafft, auf zwei solchen zweit- (oder gar dritt-?)klassigen Präsidentschaftskandidaten wie Jimmy Carter und Ronald Reagan zu landen.«³

1 *RealClearPolitics*, »General Election Polls: Trump v. Biden«.

2 Bryce 1995: 69–75.

3 Zit bei McKay 2020: 107.

Im vergangenen Jahr stellten die Parteien das amerikanische Volk ein weiteres Mal vor die Wahl zwischen zwei Akteuren, die in großen Teilen der Bevölkerung alles andere als Enthusiasmus hervorriefen – vier Jahre nachdem Hillary Clinton und Donald Trump die höchsten Ablehnungsraten erzielt hatten, die je von Meinungsforschern in den USA gemessen wurden.

Bei aller Unzufriedenheit mit dem ihnen vorgelegten Personalangebot an der Spitze beider Parteien zeigten die Amerikaner in der Präsidentschaftswahl 2020 dennoch ein ungewöhnlich hohes Engagement. Im August äußerten 83 Prozent die Meinung, dass es diesmal »wirklich darauf ankommt, wer die Präsidentschaftswahl gewinnt.« Zwei Jahrzehnte zuvor in der Präsidentschaftswahl 2000 war nur die Hälfte der Wähler dieser Ansicht gewesen, während die andere Hälfte meinte, dass der politische Kurs im Wesentlichen gleichbliebe, egal wer sich im Wettbewerb um das Weiße Haus durchsetzen würde. Dieser Auffassung war 2020 nur eine verschwindend geringe Minderheit der wahlberechtigten Bevölkerung (16 Prozent).⁴ Die Amerikaner waren sich bewusst, dass sich ihre Demokratie in einer Zerreißprobe befand. Entsprechend besorgt oder gar verängstigt waren sie.

Diese Besorgnis spiegelte sich auch darin wider, dass für sieben von zehn Amerikanern diese Wahl die wichtigste ihres Lebens war. Bei älteren Wählern über 55 Jahren, die über einen größeren politischen Erfahrungsschatz verfügten, waren es sogar acht von zehn.⁵ In das Bild einer hohen Verunsicherung der amerikanischen Wählerschaft passt, dass sich trotz der Pandemie Rekordscharen von Wählern an der Vorwahl der Demokraten im Frühjahr und der Präsidentschaftswahl im November beteiligten. Mit über 158 Millionen Amerikanern gingen zwei Drittel der Wahlberechtigten zur Wahl – so viele wie noch nie in der Geschichte der USA des 20. und 21. Jahrhunderts.⁶

Wie berechtigt die Besorgnis der Amerikaner um ihre Demokratie war und ist, zeigte sich in den Wochen und Monaten nach der Wahl, als Präsident Trump seine Drohungen wahr machte und sich weigerte, das Wahlergebnis anzuerkennen. In unverantwortlicher Weise und – wie von ihm gewohnt – bar jeder Faktengrundlage wiederholte er seine unhaltbaren Vorwürfe massiven Wahlbetrugs, die von jedem einzel- oder bundesstaatlichen Gericht, vor das er zog, zurückgewiesen wurden. Das hielt ihn jedoch nicht

⁴ *Pew Research Center*, »Election 2020: Voters Are Highly Engaged, but Nearly Half Expect To Have Difficulties Voting«, 13. August 2020.

⁵ Jamie Ballard, »Seven in ten Americans say the 2020 election is the most important of their lifetime«, *YouGov* vom 1. Oktober 2020.

⁶ Michael McDonald, »2020 November General Election Turnout Rates«, *United States Election Project* vom 7. Dezember 2020.

ab, diese Behauptungen weiter öffentlich zu äußern und Druck auf die Wahlverantwortlichen in sechs neuralgischen Einzelstaaten (Arizona, Georgia, Michigan, Nevada, Pennsylvania, Wisconsin) auszuüben, die Wahlergebnisse nicht zu zertifizieren oder zu seinen Gunsten zu manipulieren. Zum Glück für die amerikanische Demokratie war das demokratische Ethos der verantwortlichen Politiker in den Einzelstaaten, oftmals Republikaner, stärker ausgeprägt als dasjenige des US-Präsidenten und auch zahlreicher Republikanischer Mitglieder im Kongress, die ihrem Präsidenten in blinder Loyalität folgten.

Nachdem Trump seine treuen Anhänger zur Protestkundgebung in Washington am 6. Januar 2021 aufgerufen und zum Marsch in Richtung Kongress ermuntert hatte, kam es zu jenem berüchtigten Sturm auf das Kapitol, dem fünf Menschen zum Opfer fielen und der für immer ein Gedenktag der nationalen Schmach bleiben wird. Die für diesen Tag angesetzte Zertifizierung des Wahlergebnisses im Kongress musste unterbrochen und konnte erst am nächsten Tag fortgesetzt werden. Auch nach dem gewalttätigen Sturm des Mobs auf die Kathedrale der US-Demokratie, der ihre Kollegen zeitweilig in Angst um Leib und Leben versetzt hatte, stimmte die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus gegen die Anerkennung des Wahlsieges von Demokrat Joe Biden in Arizona und Pennsylvania. Insgesamt acht Republikanische Senatoren, allen voran Josh Hawley aus Missouri und Ted Cruz aus Texas, verweigerten dem Wahlergebnis in mindestens einem der beiden Staaten ihre Anerkennung, sechs in beiden Staaten.⁷

Auch wenn Biden zwei Wochen später bei erhöhter Wachsamkeit der Sicherheitskräfte ohne größere Vorfälle in sein Amt eingeführt und der Machtwechsel vollzogen werden konnte, bleibt doch das historische Faktum bestehen, dass dieser Machtwechsel eben nicht ganz friedlich vonstattenging. Mit Ausnahme von 1860, als die Wahl Abraham Lincolns in den Bürgerkrieg führte, und 1876, als die Republikaner den Wahlsieg Samuel Tildens anfochten, eine Wahlüberprüfungskommission einsetzten und das Ergebnis zugunsten ihres Kandidaten Rutherford B. Hayes drehten, führte bisher keine andere Wahl in der US-amerikanischen Geschichte zu gewaltsamen Protesten gegen die souveräne Entscheidung des Volkes – weder die Wahl von 1960, die John F. Kennedy nur mit etwas mehr als 117.000 Stimmen und der tatkräftigen Unterstützung der Chicagoer Mafia gewann, noch diejenige im Jahre 2000. Damals hatte George W. Bush eine halbe Million Stimmen weniger als sein Kontrahent Al Gore gewonnen, bekam aber aufgrund einer skandalösen Entscheidung des Supreme Court⁸ den Sieg im Electoral College zugesprochen. Ein zweifelhafter Vorsprung von 537 Stimmen auf

⁷ Snyder 2021.

⁸ Tribe 2001.

Gore im Bundesstaat Florida bescherte Bush den Sieg, der von den Demokraten zwar mit großer Enttäuschung entgegengenommen, aber akzeptiert wurde.

Noch eine Woche nach der Wahl im November 2020 war eine Mehrheit der Republikaner bereit, den Wahlsieg von Biden anzuerkennen.⁹ Es ist der unaufhörlichen Agitation des abgewählten Präsidenten gegen die Rechtmäßigkeit der Wahl zu verdanken, dass diese Mehrheit innerhalb der Republikanischen Partei in den ersten zweieinhalb Monaten nach der Wahl dahinschmolz und Ende Januar 2021 über 70 Prozent der Republikaner den Wahlsieg des inzwischen amtierenden Präsidenten Joe Biden als illegitim ansahen.¹⁰ Das bedeutet auch, dass die Zerreißprobe für die US-Demokratie nicht überstanden ist, sondern das Land noch auf lange Zeit hin beschäftigt wird. Das ist anders als 1960 oder 2000, als die unterlegene Partei ihre Wahlniederlage akzeptierte – obwohl die Republikaner 1960 und die Demokraten 2000 viel mehr Grund gehabt hätten als die Republikaner von heute, das Wahlergebnis als illegitim anzusehen. Und das ist auch anders als 2016, als die unterlegene Hillary Clinton drei Millionen Stimmen mehr als Donald Trump erzielt hatte und dieser die Wahl nur aufgrund illegaler Interventionen der Russen und von WikiLeaks in den Wahlkampf gewonnen hatte. Anders als Joe Biden war Donald Trump tatsächlich ein »illegitimer Präsident.«¹¹ Dennoch akzeptierten die Demokraten seine Wahl.

Die Illegitimität der Präsidentschaft Trumps verweist auf tieferliegende Probleme der US-Demokratie und Verfassungspraxis. Viele dieser demokratischen Praktiken und Gebräuche haben sich über mehr als zwei Jahrhunderte entwickelt, waren am Anfang vielleicht sogar einmal vorbildhaft für die Welt, entfalteten dann aber bereits im 19. und 20. Jahrhundert schwerwiegende demokratische Mängel und sind heute einer modernen Demokratie nicht mehr angemessen. Das gilt für den Modus der Präsidentschaftswahl im Electoral College, für das Mehrheitswahlsystem (Winner-Takes-It-All-Prinzip) und das mit ihm aufs Engste verknüpfte Zweiparteiensystem. In diesem Zweiparteiensystem gibt es immer eine Partei, die sich an die Macht klammert, obwohl ihr die Mehrheit verloren zu gehen droht. In ganz großen, grob vereinfacht gezeichneten Linien waren das nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg bis zum New Deal die Republikaner, von der Präsidentschaft

⁹ Chris Kahn, »Nearly 80% of Americans say Biden won White House, ignoring Trump's refusal to concede«, *Reuters* vom 10. November 2020.

¹⁰ James Walker, »Most Republicans Still Dispute Joe Biden's Election Win Now He's in Office: Poll«, *Newsweek* vom 28. Januar 2021.

¹¹ Nur weil Hillary Clinton, »Trump knows he's an illegitimate president«, *CBS* vom 29. September 2019, dies auch so sieht, ist es deshalb nicht falsch.

Franklin Delano Roosevelts bis zur Wahl Ronald Reagans die Demokraten und seither wieder die Republikaner.¹²

Bereits George W. Bush ist auf zweifelhafte Weise und als Präsident einer Minderheit ins Amt gekommen. Dies verdankte er einem Supreme Court, dessen konservative 5:4-Mehrheit seine politischen Neigungen ohne große Skrupel in ein Rechtsurteil gegossen hat. Auch die Mehrheiten der Republikaner im Kongress und in den Legislativen der Einzelstaaten verdanken sich oftmals Methoden, die zwar legal, aber deshalb nicht immer legitim sind. Im letzten Jahrzehnt haben die Republikaner ihre Machtstellung in den Einzelstaaten in einem bisher nicht gekannten Ausmaß genutzt, um die Wahlkreise so einseitig und unfair zu ziehen («Gerrymandering»), dass ihnen auch eine Minderheit (knappe Mehrheit) bei Wahlen reicht, um die Mehrheit (übergroße Mehrheit) der Sitze im Kongress und den einzelstaatlichen Legislativen zu erzielen.¹³ Ein anderes legales, aber illegitimes Instrument der Mehrheitsicherung, das die Republikaner gerne nutzen, ist die Einschränkung und Erschwerung des Wahlrechts vorzugsweise für solche Wählergruppen, die den Demokraten zuneigen.¹⁴ Auch hierin werden sie oftmals von einem konservativen Supreme Court unterstützt.

Die Manipulierbarkeit der demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahren durch machtbewusste Vertreter von Minderheitsinteressen macht die Situation in den USA so beunruhigend und so gefährlich für die Demokratie. Der Schlag gegen sie wird nicht von den Benachteiligten, den Unterdrückten oder den Ohnmächtigen geführt, sondern von denjenigen, die auf vielen – gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, juristischen, kulturellen – Ebenen weiterhin an den Schalthebeln der Macht sitzen und nicht bereit sind, sie preiszugeben. Aus psychologischer Perspektive – und das hat Hillary Clinton sehr genau erkannt – ist das deshalb so gefährlich, weil Trump und all diejenigen, die sich ihm in blinder Gefolgstreue ergeben haben, wissen, dass sie sich unrechtmäßig an die Macht klammern. Auf einer tiefen Ebene ihres Unterbewusstseins handeln sie aus einem schlechten Gewissen heraus, auch wenn sie über ein solches Gewissen wie Trump vielleicht gar nicht mehr verfügen. Je tiefer sie sich ins Unrecht setzen, desto gefährlicher werden sie, weil sie keinen anderen Ausweg mehr für sich sehen, der nicht im Gefängnis endet. Für Trump gibt es solch einen Ausweg im Prinzip schon seit Jahrzehnten nicht mehr, er hat alle Brücken zur »ehrenwerten Gesellschaft« abgebrochen; die Frage ist, wie lange ihm die Republikanische Partei und die noch knappe Minderheit der Amerikaner auf diesem Weg folgen wollen.

12 Skowronek 2008.

13 Adorf 2019.

14 Horst 2018c.

Wie es zu dieser Zerreißprobe für die amerikanische Demokratie, die weit über den halbwegs friedlichen Machtwechsel hinaus anhalten wird, gekommen ist, soll in diesem Buch nachgezeichnet werden. Im Grunde müsste man dazu weiter ausholen, als es hier auf knappem Raum möglich ist, aber die Präsidentschaft Donald Trumps war von einer solch hohen Ereignis- und auch Wiederholungsdichte gekennzeichnet, dass sich die Probleme der US-amerikanischen Demokratie kurz und bündig anhand eines Wahljahres und des auf ihn folgenden Regierungswechsels darstellen lassen – zumal das Wahljahr mit dem ersten Amtsenthebungsverfahren gegen Trump im Senat begann und nach dessen fehlgeschlagenem Putsch auch wieder in einem neuerlichen Amtsenthebungsverfahren mündete. Zwei Anklagen, gegen die Verfassung verstoßen zu haben, musste noch kein US-Präsident jemals über sich ergehen lassen. Und das historische Urteil über die Präsidentschaft Trumps besteht nicht darin, dass er in beiden Verfahren freigesprochen wurde. Nein, es lautet, dass Trump beide Male von wenigstens einem Senator seiner Partei schuldig gesprochen wurde – von Mitt Romney des Machtmissbrauchs im ersten Impeachment sowie von Richard Burr, Bill Cassidy, Susan Collins, Lisa Murkowski, Mitt Romney, Ben Sasse und Pat Toomey der Aufstachelung zum Aufruhr im zweiten Tribunal.

Die beiden anderen Präsidenten in der US-Geschichte, die sich jemals einem Amtsenthebungsverfahren gegenbersahen – Andrew Johnson und Bill Clinton – wurden zwar auch freigesprochen (dafür reicht eine Minderheit von einem Drittel der Senatoren plus einem); es fand sich aber kein einziger Senator ihrer Partei, der sie für schuldig befunden hätte. Der einzige Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, der im Hinblick auf den Missbrauch seiner Macht und die Größenordnung seiner Verstoe gegen die Verfassung in derselben Liga wie Trump spielt, ist Richard Nixon: Er ist zwar nie vom Repräsentantenhaus angeklagt und vom Senat verurteilt worden. Aber sowohl die Anklage im Repräsentantenhaus wie auch die Verurteilung im Senat mit einer ausreichenden Zahl Republikanischer Senatoren waren eine ausgemachte Sache, als Nixon im August 1974 seinen Rücktritt erklärte, um der ersten Amtsenthebung in der Geschichte der USA zuvorzukommen.¹⁵

¹⁵ Horst 2020b.